

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Annelie Buntenbach  
Geschäftsführender Bundesvorstand des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes**

**„Heute die Rente von morgen sichern –  
Das DGB-Rentenkonzept 2012“**

**Politisches Hearing**

**Berlin, 26. September 2012**

Anrede

seit Wochen gibt es eine heftige Debatte über die Rente. Das ist auch gut so, diese Debatte ist längst überfällig. Wir wissen seit Jahren, dass in Zukunft immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der soziale Abstieg im Alter droht.

Wir wissen auch seit Jahren, dass das für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Alter in Armut bedeuten wird, wenn die Politik nicht endlich gegensteuert!

Ein Beispiel: Schon vor Jahren hat die letzte große Untersuchung zur Alterssicherung in Deutschland (AVID), die 2007 veröffentlicht wurde, gezeigt: Innerhalb von 15 Jahren nimmt der Anteil der Männer in Ostdeutschland mit Renten unter 600 Euro von vier auf 28 Prozent zu, bei den ostdeutschen Frauen verdoppelt sich der Anteil auf 36 Prozent. Auch im Westen wird es enger: Hier steigt der Anteil der niedrigen Renten zwischen 500 und 800 Euro von acht auf 15 Prozent – das heißt, die gesetzliche Rente sinkt für jede/n Sechste/n in Richtung Altersarmut.

Die Gewerkschaften haben deshalb schon seit Jahren immer wieder den Finger in diese Wunde gelegt, vor drei Jahren schon haben wir die Kampagne „Rente muss zum Leben reichen“ gestartet. Denn das ist heute – und vor allem in Zukunft keine Selbstverständlichkeit mehr. Die drohende Altersarmut ist also kein neues Thema.

Es ist gut, dass die Parteien, Regierung und Opposition darüber diskutieren und Konzepte vorlegen. Entscheidend ist allerdings, dass dann auch wirklich etwas passiert – und dass etwas Sinnvolles herauskommt, das hilft.

Und da müssen wir leider große Zweifel haben, ob das wirklich gelingt – Zweifel, ob tatsächlich die entscheidenden Weichen gestellt werden.

Die aktuelle Debatte ist ziemlich wirr: Frau von der Leyen will ihre Zuschussrente durchboxen, ihre eigene Koalition ist dagegen, die SPD hat sie monatelang ebenfalls heftig kritisiert – und schlägt jetzt eine Solidarrente vor, die ganz ähnlich ist und die Frau von der Leyen toll findet – alles klar?

Klar ist, dass die Zuschussrente, Solidarrente oder Garantierente die Probleme der Altersarmut nicht lösen können – sie werden bestenfalls ein bisschen an den Problemen der Altersarmut kratzen.

Wir brauchen ein Gesamtpaket, um die Rente der Zukunft zu sichern – doch hier muss man unterscheiden:

Einerseits brauchen wir spezielle Instrumente für die Gruppen, die ein besonders hohes Risiko haben, im Alter in Armut zu fallen – das sind Geringverdiener, Erwerbsgeminderte, Langzeitarbeitslose und Solo-Selbständige.

Aber es sind längst nicht mehr nur Risikogruppen, denen der Abstieg im Alter oder Altersarmut droht. Das Problem wirkt künftig bis hinein in die Mittelschicht.

Die Bundesarbeitsministerin selbst hat sehr deutlich gemacht, woran das liegt: Der Hauptgrund dafür ist die Senkung des Rentenniveaus auf 43 %.

Was heißt das konkret? Wenn das abgesenkte Rentenniveau von (43 %) heute schon gelten würde, hätte der „Eckrentner“ (mit 45 Beitragsjahren und ca. 2.600 Euro Durchschnittsentgelt) statt rund 1.260 Euro nur noch circa 1.085 Euro brutto. Das ist ein Minus von 175 Euro im Monat.

Durchschnittsverdienende müssten mindestens 33 Jahre ununterbrochen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein, um eine Rente in der Höhe der Grundsicherung im Alter zu bekommen.

Doch wer ist eigentlich in Zukunft der „Eck-Rentner“?

Das Normal-Arbeitsverhältnis gilt nur noch für zwei Drittel der Beschäftigten – ein Drittel wird in prekäre Beschäftigung und Niedriglohn abgeschoben. Bei einem Einkommen von 1.800 Euro im Schnitt sind es zum Beispiel 48 Jahre Arbeit – nur, um sich eine Rente in Höhe der Sozialhilfe zu erarbeiten.

Nun hört sich das vielleicht etwas theoretisch an. Das sind ja erst mal alles Rechengrößen.

Schauen wir uns die tatsächlichen Renten an:

Die durchschnittliche Altersrente betrug im Rentenzugang 2011 bei Männern im Schnitt 867 Euro. Bei einem Rentenniveau von 43 Prozent wäre dies eine Durchschnittsrente von 745 Euro. Für Frauen würde die Rente im Westen im Schnitt 419 Euro betragen, im Osten 585 Euro.

Würde also das Rentenniveau von 43 Prozent schon heute gelten, läge die Durchschnittsrente bei den Männern nur noch knapp oberhalb der Höhe der Grundsicherung im Alter – und bei den Frauen deutlich darunter.

Die Senkung des Rentenniveaus ist also ein Katalysator für die Altersarmut von Morgen. Und deshalb muss jeder, der wirklich etwas gegen Altersarmut und den massiven sozialen Abstieg im Alter tun will, hier ansetzen. Die Renten dürfen nicht noch weiter gekürzt werden!

Es ist zwar gut, dass die Arbeitsministerin das Problem benannt hat, nur damit ist es noch lange nicht gelöst. Wir haben mit unserem Rentenkonzept ein Angebot gemacht – ich werde gleich näher darauf eingehen.

Es kommt darauf an, die Probleme an den Wurzeln zu packen, sowohl in der Rentenversicherung als auch am Arbeitsmarkt. Nur wenn wir an beiden Enden anpacken, wird daraus ein stimmiges, langfristig tragfähiges und nachhaltiges Konzept.

Keine Rentenversicherung der Welt kann alles das ausgleichen, was am Arbeitsmarkt schief läuft. Und am Arbeitsmarkt läuft jede Menge schief.

Seit ein paar Tagen haben wir es abermals amtlich: Der Niedriglohnsektor wächst – fast ein Viertel der Beschäftigten muss zu einem Niedriglohn arbeiten. Und Niedriglöhne führen zu Altersarmut – das kann noch nicht einmal die FDP bestreiten.

Und auch deshalb brauchen wir – endlich – einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde.

Damit sind die Probleme nicht gelöst, aber zumindest gelindert – heute und morgen.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass Niedriglöhne mit – insgesamt 11 – Milliarden Steuergeldern subventioniert werden und am Ende Armutsrenten entstehen, die massiv aufgestockt werden müssen.

Deshalb brauchen wir auch die Regulierung der Leiharbeit und eine Reform der Mini-Jobs. Statt organisierter Lohnrückerei brauchen wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Nur aus Guter Arbeit entsteht auch eine gute Rente!

## Anrede

das zweite große Problem ist, dass Arbeit zunehmend krank macht und die Situation am Arbeitsmarkt für Ältere immer noch schlecht ist. Bei den 63- und 64-Jährigen sind nur etwa 11 % sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigt.

Auch hier müssen wir ansetzen – und dafür gibt es eine klare Botschaft an die Politik:

Wer will, dass die Menschen länger arbeiten, muss ihnen doch erst einmal eine faire Chance geben, überhaupt erstmal bis 65 arbeiten zu können!

Dafür braucht es bessere Arbeitsbedingungen in den Betrieben, mehr Investitionen in Arbeits- und Gesundheitsschutz und faire Chancen für Ältere auch dann, wenn sie arbeitslos sind.

Solange die Arbeitgeber hier nichts tun und die Politik das laufen lässt, und sich in Hochglanzbroschüren für mutige Entscheidungen zu unseren Lasten feiert, ist und bleibt die Rente mit 67 eine reine Rentenkürzung und eine totale politische Fehlentscheidung.

Wer die 67 ins Gesetzblatt geschrieben hat, steht jetzt doch zumindest in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Menschen nicht massenhaft am Ende des Arbeitslebens abstürzen und ihre ganze Lebensleistung entwertet wird.

Der Vorschlag der SPD, nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente gehen zu können, ist zweifellos ein Fortschritt – allerdings kommt es hier auf die Details an.

Außerdem ist vor allem Frauen damit nicht viel geholfen – sie kommen zurzeit im Schnitt auf 31 Versicherungsjahre.

Wir brauchen auch sozial abgesicherte Übergänge. Das kann nicht nur Teilrente heißen, sondern neue Modelle der Altersteilzeit und von Altersübergangsgeld.

Klar ist aber auch, dass flexible Übergangsregelungen kein Ersatz für ein realistisches Rentenalter sind, das die Kolleginnen und Kollegen auch wirklich erreichen können – und das ist sicher nicht die 67!

## Anrede

Gerade die, die gesundheitlich nicht mehr können, sind am stärksten von Armut bedroht.

Wir brauchen dringend eine echte Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente. Sie sinkt mit dem allgemeinen Rentenniveau und liegt inzwischen im Schnitt bei 640 Euro – das ist unter Sozialhilfeniveau. Hier müssen wir ran, denn Erwerbsminderung ist keine Randerscheinung: Rund 20 Prozent der Rentenzugänge erfolgen derzeit über die Erwerbsminderungsrente.

An dieser Stelle ist die SPD mit ihren Eckpunkten am fortschrittlichsten. Sie schlägt deutliche Verbesserungen bei der Zurechnungszeit vor und will die Abschläge abschaffen.

Das ist dringend nötig. Wer nicht mehr kann, darf nicht auch noch draufzahlen!

Eine Erhöhung der Zurechnungszeit in Trippelschritten über die nächsten 17 Jahre, wie es Frau von der Leyen plant, ist dagegen eine echte Zumutung. Das reicht dann gerade mal für eine Tasse Kaffee mehr im Monat.

Ähnlich sieht es aus bei der Zuschuss- oder Solidarrente.

Die Hürden bei der Zuschussrente von Frau von der Leyen sind viel zu hoch – allein, private Vorsorge zwingend vorauszusetzen, wird schon sehr viele ausschließen. Es ist absehbar, dass die, die am meisten Hilfe brauchen, sie nicht bekommen werden.

Der Vorschlag Solidarrente von Gabriel verzichtet glücklicherweise auf die Voraussetzung privater Vorsorge, mit der Orientierung an Vollzeit drohen hier aber gerade Frauen durch die Roste zu fallen.

Helpen würde am meisten – unser Vorschlag seit Jahren – die Neuauflage der „Rente nach Mindesteinkommen“ – also eine Aufwertung auf bis zu 75 % des Durchschnittsentgelts. So können Menschen mit langen Erwerbsbiografien, aber niedrigen Einkommen bis zu 950 Euro Rente erreichen. Und damit bliebe vielen Rentnerinnen und Rentnern der Gang zum Sozialamt erspart.

Für Viele würde die Rente aber trotzdem nicht reichen. Und jetzt kommen wir zum spannenden Punkt: Die Bundesarbeitsministerin hat das sinkende Rentenniveau zum Hauptgrund für die drohende Altersarmut – oder zumindest den sozialen Abstieg im Alter erklärt. Da ist doch die logische Antwort: Dann senkt das Niveau nicht!

Stattdessen baut Frau von der Leyen mit der Zuschussrente auf das sinkende Niveau eine komplizierte Konstruktion, die einigen wenigen erlauben soll, den Kopf über Wasser zu halten.

Aber worum es doch gehen muss, ist, die Rente insgesamt zu stabilisieren und für die jungen Generationen zu sichern, statt das Rentenniveau so weit abzusenken, dass die Renten dann massenhaft aufgestockt werden.

Wie soll da Vertrauen in die Zukunft der Rentenversicherung entstehen? Wer jahrzehntelang eingezahlt hat, muss im Alter auch von seiner Rente leben können!

Wir müssen auch hier an die Wurzel des Übels – und das ist nicht nur der Niedriglohnsektor, es ist auch die Absenkung des Rentenniveaus.

Bislang hieß es aus der Union und auch aus der SPD: Die Senkung des Rentenniveaus ist unbedingt nötig, damit der Beitragssatz bis zum Jahr 2030 nicht über 22 % steigt.

Nun kann man über die 22-%-Grenze trefflich streiten – und ich möchte ausdrücklich festhalten, dass sich der DGB diese Beitragsgrenze nicht zu eigen macht.

Wir haben aber ein Konzept entwickelt, das selbst diesen Glaubenssatz widerlegt: Die Senkung des Rentenniveaus ist nicht erforderlich, um die Obergrenze beim Beitragssatz von 22 % im Jahr 2030 einhalten zu können.

Anders ausgedrückt: Selbst wenn der Beitragssatz die 22 %-Marke im Jahr 2030 nicht übersteigen soll, kann das heutige Rentenniveau gehalten und finanziert werden.

Das geht, wenn wir den Beitragssatz in der Rentenversicherung der demografischen Entwicklung anpassen. Wenn wir den Rentenbeitrag jedes Jahr nur um je 0,1 Prozentpunkte für Versicherte und Arbeitgeber anheben und ihn ab dem Jahr 2025 bei 22 % stabilisieren, könnte das heutige Rentenniveau mindestens bis zum Jahr 2030 finanziert werden.

Mindestens, denn dann blieben – bis zum Jahr 2030 – sogar mehr als 200 Milliarden Euro als Reserve übrig, das heißt: Es ist noch Luft nach oben, vor allem für bessere Erwerbsminderungsrenten.

Die Reserve würde bis 2025 sogar noch ansteigen, selbst wenn – zusätzlich – die Rente mit 67 ausgesetzt wird.

Das bedeutet, wir könnten in Ruhe dafür sorgen, dass die Bedingungen geschaffen werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tatsächlich länger arbeiten können – ohne die bis dahin drastisch anwachsenden Abschläge.

Dies alles ist machbar – man muss nur wollen.

Wer behauptet, die Finanzierung des heutigen Rentenniveaus sei bis 2030 nicht möglich, der lügt sich in die Tasche.

Es ist machbar, und wir erwarten, dass sich die Parteien damit ernsthaft auseinandersetzen.

Die Aussicht, dass sich das sinkende Rentenniveau durch Privatvorsorge à la Riester ausgleichen ließe, hat sich längst als böse Illusion erwiesen.

Da haben zwar in den letzten Jahren Versicherungskonzerne ihre Schäfchen ins Trockene gebracht, aber für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es kaum möglich, ohne die Beteiligung der Arbeitgeber der wachsenden Lücke in der Rente hinterherzusparen.

Für uns wird's teurer und unsicherer.

Außerdem: Spätestens nach dem Crash am Finanzmarkt 2009 muss doch auch der Letzte begriffen haben: Das Roulette am Kapitalmarkt ist bestimmt keine Alternative zur gesetzlichen Rentenversicherung!

Die Alterssicherung zu privatisieren, das ist der falsche Weg!

Ob sich die Hoffnung erfüllt, dass die betriebliche Altersversorgung die Rentenlöcher auf breiter Front stopfen kann, sei dahingestellt. Ich bin davon überzeugt, dass wir die betriebliche Altersversorgung „on top“, also zusätzlich brauchen. Denn ein Rentenniveau von 50 % vor Steuern ist nun wahrlich kein Luxus.

Eine Absenkung auf 43 % wird viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den finanziellen und sozialen Absturz im Alter und in die Altersarmut treiben – und genau das wollen wir vermeiden.

Unser Konzept zeigt, dass es geht. 0,1 Prozent – das bedeutet für durchschnittliche BeitragszahlerInnen jedes Jahr 2,60 Euromehr im Monat.

Wir halten dies – nicht zuletzt für die Gegenleistung, nämlich zumindest ein stabiles Rentenniveau – für moderat und auch für die Wirtschaft vertretbar.

Ja, ich weiß, die steigenden Lohnnebenkosten...

Aber vielleicht sollte man nach jahrzehntelangem Wedeln mit diesem Schreckgespenst einmal erwähnen, dass Deutschland aktuell auf Platz 16 bei den so genannten Lohnnebenkosten in Europa liegt. Das ist unter dem Durchschnitt und hinter Staaten, die gern als Vorbilder gelten wie Schweden, die Niederlande oder Finnland, aber auch hinter Rumänien oder Litauen.

Dabei sind die Sozialabgaben bei uns im letzten Jahr um 0,8 Prozentpunkte gestiegen.

Den Arbeitsmarkt hat dies nicht sonderlich beeindruckt, die Arbeitslosigkeit ist gesunken.

Anrede

unser Konzept trägt, und es ist ein Angebot an Regierung wie Opposition. Ein stabiler Beitragssatz mit verlässlichen und moderaten Stufen verspricht ein stabiles Rentenniveau für die jungen Generationen. Die Beiträge würden zwar früher, aber nicht höher steigen als es die Bundesregierung selbst plant.

Die Koalition ist allerdings dabei, einen katastrophalen Fehler zu begehen. Das Kabinett hat beschlossen, den Beitragssatz im Jahr 2013 auf 19,0 % zu senken. Dies hätte gravierende Auswirkungen für die Stabilität der künftigen Renten und widerspricht allen Bekundungen, Altersarmut vermeiden zu wollen.

Die Koalition wirbt dafür mit einer Entlastung von 2,7 Milliarden Euro für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im Schnitt wären dies gerade einmal 6,40 Euro, für Durchschnittsverdiener 7,80 Euro im Monat. Beschäftigte mit einem Einkommen von 1.000 Euro haben ganze drei Euro mehr.

Eine überschaubare Entlastung, die sich innerhalb von wenigen Jahren aber in eine massive Belastung verwandelt. Wenn der Beitragssatz um einen Prozentpunkt angehoben wird – und das müsste bei der Senkung jetzt in wenigen Jahren so kommen –, kostet das auf einen Schlag 26 Euro mehr im Monat.

Die gleichen NormalverdienerInnen hätten aber gerade wegen dieses Beitrags-Jojos im Vergleich zu heute 158 Euro weniger Rente, wenn das Rentenniveau von 43 % gelten würde.

Die Beitragssenkung steht in keinem Verhältnis zu den Belastungen und den Spätfolgen, die damit angerichtet werden. Mit einer Beitragssenkung werden die Spielräume für eine Sicherung der Renten vernichtet.

Im Klartext: Die Beitragssatzsenkung von heute wird zur Rentenkürzung von Morgen.

Und genau deshalb streiten wir vehement für stabile Beiträge, für einen Aufbau einer Demografie-Reserve und für sichere Renten auch für die Jungen.

Das sehen im Übrigen auch 80 % der Bürgerinnen und Bürger so, die in einer repräsentativen Umfrage dazu befragt worden sind. Unter den Anhängern der CDU/CSU sind es sogar 82 %, selbst bei der FDP sind es 62 %.

Wir haben auch eine breite Unterstützung aus den – auch unionsgeführten – Bundesländern für eine Demografie-Reserve. Das bedeutet, die Messe ist noch nicht gelesen. Das gilt im Übrigen auch für die Positionierung der SPD zum künftigen Rentenniveau.

Wir stehen erst am Anfang und nicht etwa am Ende der Debatte. Und wir werden weiter Druck machen und für unser Konzept werben.

Noch einmal: Der Bundestagswahlkampf steht vor der Tür – da müssen wir uns mit unseren Forderungen einmischen. Wenn es zu einem Konsens kommen soll, müssen Beitragssatz und Rentenniveau mit in das Paket – genauso wie der Mindestlohn und eine anständige Erwerbsminderungsrente.

Mit Zuschuss- oder Solidarrente lässt sich die Rente nicht sichern.  
Mit unserem DGB-Modell schon.

Vielen Dank.